

Hinweis: Die Niederschrift ist bis zu ihrer Genehmigung vorläufig. Da bei der Genehmigung der Niederschrift, die in einer der nächsten Sitzungen erfolgt, noch Ergänzungen und Änderungen beschlossen werden können, sollte dann auch in diesen Sitzungen der Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift“ aufgerufen werden.

## **Rat/057/2021-2026**

### **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 26.02.2026**

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:36 Uhr

#### **Anwesend sind:**

#### **Entschuldigt fehlen:**

#### **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

<b>TOP 1</b>	<b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit</b>	VorlNr.
--------------	--	---------

---

RV Lüttjohann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

<b>TOP 2</b>	<b>Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge</b>	VorlNr.
--------------	--	---------

---

Die Tagesordnung wird mit der Absetzung des Tops 14 mit Vorlage-Nr. 1033/2021-2026 „Überplanmäßige Auszahlung für die Garagenerweiterung Spülfahrzeug der Kläranlage“ einstimmig festgestellt.

<b>TOP 3</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2025</b>	VorlNr.
--------------	---	---------

---

Die Niederschrift vom 18.12.2025 wird bei 1 Enthaltung einstimmig genehmigt.

---

RV Lüttjohann begrüßt Herrn Bender und übergibt ihm das Wort.

Herr Bender begrüßt die Anwesenden und äußert seine Freude darüber, die Zwischenergebnisse der kommunalen Wärmeplanung vorstellen zu dürfen (Anlage 1 zur Niederschrift). Er stellt sich als Projektmanager bei der IP SYSCON im Bereich kommunale Wärmeplanung vor. Herr Bender erklärt, dass sein Unternehmen auf Geoinformationssysteme spezialisiert sei.

Herr Bender erläutert, dass die kommunale Wärmeplanung ein strategisches Planungsinstrument sei, das noch keine Detailplanung beinhalte. Ziel sei es, einen Überblick über die aktuelle Lage zu gewinnen und auf Basis unterschiedlicher Daten eine Empfehlung für die zukünftige Wärmeversorgung zu erarbeiten. Er betont, dass die kommunale Wärmeplanung keine direkten Auswirkungen auf bestehende gesetzliche Regelungen habe, es sei denn, ein Gebiet werde politisch als Wasserstoff- oder Wärmenetzgebiet ausgewiesen. Im weiteren Verlauf beschreibt Herr Bender die Schritte der Wärmeplanung, beginnend mit der Bestandsaufnahme der aktuellen Heiztechnologien und der Ermittlung von Potenzialen für die zukünftige Wärmeversorgung. Er erklärt, dass die Wärmeplanung darauf abziele, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und langfristig eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen.

Herr Bender führt aus, dass die Wärmeplanung keine gesetzlichen Verpflichtungen mit sich bringe und erläutert, welche Fragestellungen im Rahmen der Planung beantwortet werden sollen. Er beschreibt die methodische Vorgehensweise, einschließlich der Bestandsaufnahme, der Analyse von Potenzialen und der Entwicklung von Zielszenarien. Er berichtet über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme, wonach 82% der Heizungsanlagen mit Erdgas betrieben werden und beschreibt die räumliche Verteilung der Energieträger. Herr Bender geht auf die Potenziale für erneuerbare Energien ein, darunter Solarthermie, Biomasse und Geothermie, und erläutert die methodische Bewertung dieser Potenziale.

Abschließend informiert Herr Bender über die nächsten Schritte, insbesondere die Ausweisung von Wärmenetzgebieten, und kündigt an, dass konkrete Ergebnisse in einer zukünftigen Sitzung vorgestellt werden sollen.

Im Folgenden geht Herr Bender entsprechend auf die Fragen der Ratsmitglieder ein.

---

RV Lüttjohann leitet den Top ein und übergibt dem Antragsteller RH Künzle das Wort.

RH Künzle führt aus, dass er nicht behaupten könne, er sei zu 100% mit dem Vorschlag der Verwaltung zufrieden. Dennoch erkenne er an, dass Bewegung in der Sache sei, was für ihn und seine Fraktion die Hauptsache und der Grund für ihren Antrag gewesen sei. Er äußert Verständnis für den Wunsch der Verwaltung, die Angelegenheit durch einen Gutachter prüfen zu lassen, und signalisiert, dass sie sich dem nicht widersetzen würden. RH Künzle betont jedoch, dass sie den Prozess, insbesondere den Zeitrahmen, genau beobachten würden, um sicherzustellen, dass das Vorhaben voranschreite und letztlich realisiert werde.

Bgm Oestmann erklärt, dass er zum Vorschlag der Verwaltung Stellung beziehen möchte. Im Fachausschuss habe bereits eine ausführliche Diskussion über die Thematik stattgefunden. Er wolle nochmals auf drei Themen eingehen. Zunächst äußere er, dass die Reaktionen auf den Artikel der Kreiszeitung über Facebook bemerkenswert gewesen seien, da die Kommentare zeigten, dass es nicht um den Inhalt des Artikels gehe, sondern lediglich die Überschrift

betrachtet werde, bevor ein Kommentar verfasst werde. Er sei froh, dass Zuschauer anwesend seien, da es wichtig sei zu ergründen, ob Parkflächen benötigt würden. Dies sei jedoch nicht der Kern der Diskussion, da dies allgemein bekannt sei. Vielmehr gehe es darum, wie die Gestaltung der Parkflächen erfolgen solle, wie viele Stellflächen benötigt würden und wie mögliche Betreibermodelle aussehen könnten..

Bgm Oestmann erklärt, dass bereits darüber gesprochen worden sei, dass es ein Mobilitätskonzept geben werde und stellt die Frage, ob das Parkraumkonzept nicht zwangsläufig Teil dieses Mobilitätskonzeptes sein könne. Er bejaht dies, betont jedoch, dass bestimmte Teile vorab explizit und getrennt betrachtet werden könnten. Diese würden später in das Mobilitätskonzept einfließen. Er führt aus, dass der Verkehr am Bahnhof und am Agaplesion nicht den Verkehrsfluss in der Innenstadt mit Zielverkehr betreffe, da der Verkehr dort ohnehin durchfließe, um diese Ziele zu erreichen. Daher könne man diese Bereiche getrennt betrachten. Er berichtet, dass das Gutachten immer noch nicht vorliegen würde. Obwohl mit dem beauftragten Büro bisher gute Erfahrungen gemacht wurden, hoffe er, dass die aktuelle Verzögerung eine Ausnahme darstelle und das Gutachten nachgeliefert werde. Das Büro sei für die Durchführung der Verkehrsthemen und die Erhebung der Daten verantwortlich, und die Auswertung dieser Daten sei wesentlich, da sie den Kern der Frage darstelle, ob die Goethestraße für den motorisierten Durchgangsverkehr gesperrt werden könne und ob die umliegenden Knotenpunkte aufnahmefähig seien.

Bgm Oestmann betont, dass die Verwaltung der Auffassung sei, die Räume getrennt zu betrachten und später in das Mobilitätskonzept einfließen zu lassen. Es sei klar, dass Parkmöglichkeiten am Bahnhof und am Agaplesion erforderlich seien und dass im Rahmen des Mobilitätskonzeptes versucht werden müsse, den Individualverkehr von einzeln besetzten Pkw auf mehrfach besetzte Pkw oder Fahrräder zu verlagern, sofern dies möglich sei. Allerdings könne dadurch die Anzahl der Parkplätze nicht signifikant reduziert werden, da diese überregional aufgesucht würden.

Bgm Oestmann berichtet von einem Gespräch mit dem Geschäftsführer des Agaplesion, der es begrüßen würde, wenn eine Grundlage durch ein Gutachten geschaffen werde, um die Anzahl der benötigten Stellplätze und mögliche Betreibermodelle zu ermitteln. Abschließend bittet Herr Oestmann den Rat, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen, wie es bereits im Ausschuss geschehen sei.

RH Emshoff äußert sich zur Parkplatzsituation, insbesondere in Bezug auf das Agaplesion. Er merkt an, dass dort in den letzten beiden Jahren 36 Einsätze der Feuerwehr durchgeführt worden seien. Vor zwei Tagen habe es einen Einsatz gegeben, bei dem es schwierig gewesen sei, mit den Einsatzfahrzeugen zu dem Einsatzort zu gelangen. RH Emshoff betont, dass bei der Ausarbeitung eines Konzeptes berücksichtigt werden müsse, dass das Agaplesion ein bedeutendes Einsatzgebiet darstelle und die Anzahl der Einsätze dort steige. Es sei erforderlich, sicherzustellen, dass große Feuerwehrfahrzeuge sowohl Zugang zum Einsatzort als auch geeignete Stellplätze fänden. Beim letzten Einsatz hätten die Fahrzeuge in der Zufahrt zur Notaufnahme parken müssen, da der Einsatz zweieinhalb Stunden gedauert habe.

RH Emshoff fordert, dass diese Aspekte in ein Konzept integriert werden, um den Rettungskräften adäquate Parkmöglichkeiten zu bieten.

RH Fuchs äußert, dass er überrascht sei, jedoch niemand mit dem vorgeschlagenen Konzept wirklich zufrieden scheine. Er führt aus, dass die Verwaltung lange die Linie vertreten habe, dass es sich um ein grundlegendes Mobilitätskonzept für die Stadt handle, welches ohnehin erforderlich sei. Die jetzige isolierte Betrachtung des Themas überzeuge jedoch nicht. Er erklärt, dass seine Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen könne, da eine Untersuchung des Stellplatzbedarfs an den benannten Orten notwendig sei, die belastbare Ergebnisse mit entsprechender Qualität und Einbindung liefere. Er betont, dass die veranschlagten 30.000 Euro dafür zu viel seien, insbesondere angesichts der aktuellen Haushaltsdebatte und der Tatsache, dass eine dringend benötigte Ausstattung für einen Raum in einer der Schulen nicht im Haushalt enthalten sei.

RH Fuchs schließt, dass die Abwägung in der Qualität an der falschen Stelle liege und daher keine Zustimmung erfolgen könne.

RH Poppe begrüßt den Antrag und äußert sich erfreut darüber, da dieser an einen Antrag aus der Ratsperiode 2016-2021 anknüpfe. Er erinnert daran, dass damals ein ähnlicher Antrag gestellt und darüber abgestimmt worden sei, jedoch aus unerklärlichen Gründen nicht bearbeitet und in einer Schublade verschwunden sei.

RH Poppe betont, dass das Gutachten, anders als die Kommentare in den sozialen Medien nahelegen, für andere Debatten von Bedeutung sei, insbesondere in Verbindung mit dem Mobilitätskonzept und der Betrachtung der Verkehrsschwerpunkte an der Ärztehauskreuzung sowie in Richtung Mühlenende. Er begrüßt die Durchführung des Gutachtens und hält es für sinnvoll, da auch die Randbereiche, wie beispielsweise der Bahnhof, betrachtet und erhoben werden müssten.

RH Poppe bezieht sich auf die Aussage des Bürgermeisters, wonach der Bedarf an diesen Stellen ermittelt werden müsse, um anschließend Maßnahmen zu ergreifen, damit das eventuell vorhandene Parkhaus genutzt werde und der Parksuchverkehr nicht weitergehe.

RV Lüttjohann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt bei **8 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gutachten zur Bedarfsermittlung, Machbarkeit und Finanzierung von Parkhäusern bzw. Parkpaletten zu vergeben.
2. Das Gutachten soll sich insbesondere auf folgende Standorte beziehen und diese vergleichend bewerten:
  - das Bahnhofsumfeld,
  - das Umfeld des Krankenhauses,
  - den Bereich Lohmarkt sowie
  - angrenzende, funktional zugehörige Bereiche.
3. Im Rahmen des Gutachtens sind insbesondere folgende Fragestellungen zu untersuchen:
  - der bestehende und zukünftige Stellplatzbedarf,
  - die städtebauliche, verkehrliche und technische Machbarkeit,
  - mögliche Betreibermodelle,
  - die Investitions- und Folgekosten sowie
  - Fördermöglichkeiten, insbesondere im Rahmen der Städtebauförderung in den Fördergebieten „Innenstadt“ und „Niederungen“ sowie „Wohngebiet Auf dem Loh“.

Die Ergebnisse des Gutachtens sind dem Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**TOP 6      Bebauungsplan Nr. 42 C - Hohenesch - westlicher Rand - 2. Änderung; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Feststellungs- und Satzungsbeschluss**

---

VorlNr.  
0480/2021-2026/1

RV Lüttjohann verliest den Beschlussvorschlag.

**Einstimmiger Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt, den Bebauungsplan Nr. 42C – Hohenesch – westlicher Rand – 2. Änderung gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

**TOP 7      Beschluss über den Umgang mit Befreiungen gemäß § 31 Abs. 3 BauGB und Abweichungen gemäß § 34 Abs. 3b BauGB im Rahmen der BauGB-Novelle ("Bauturbo-Gesetz")**

---

VorlNr.  
1014/2021-2026

Bgm Oestmann erläutert, dass es darum gehe, Prozesse zu beschleunigen. In der Öffentlichkeit sei der Eindruck entstanden, dass ohne politische Beteiligung schneller gearbeitet werden könne, was er klarstellen möchte. Die Verzögerungen seien jedoch systembedingt und nicht auf die Politik zurückzuführen. Es gehe um Ausnahmen und kleinere Entscheidungen, die im Rahmen der Verwaltungshandlungen schnell getroffen werden könnten. Sobald jedoch politische Beteiligung erforderlich sei, müssten Vorlagen erstellt und Termine abgewartet werden, was zu einer Verlangsamung führe. Er stellt klar, dass dies nichts mit dem Beteiligungsprozess an sich zu tun habe.

Bgm Oestmann berichtet weiter, dass eine Lösung gefunden worden sei, mit der sowohl die Politik als auch die Verwaltung einverstanden seien. Diese Lösung sei im Verwaltungsausschuss vorgestellt worden. Dabei gehe es um Bauanträge, die über den sogenannten Bau-topf mit Befreiungsanträgen eingereicht würden. Innerhalb von drei Monaten solle eine Stellungnahme erfolgen, wobei die Themen tabellarisch im Verwaltungsausschuss vorgelegt würden, um einen Überblick zu gewinnen. Er führt ein Beispiel aus dem Verwaltungsausschuss an, bei dem die Verwaltung entschieden habe, dass die Politik bei bestimmten Themen einbezogen werden müsse.

Bgm Oestmann ist der Ansicht, dass bei unkritischen Fällen schnell im Sinne der Bauherren gehandelt werden könne, während bei sensiblen Fällen der politische Entscheidungsprozess erforderlich sei. Abschließend äußert er, dass die gefundene Lösung gut umsetzbar sei.

RV Lüttjohann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig**, die Entscheidung über die Anwendung des § 31 Abs. 3 BauGB sowie § 34 Abs. 3b BauGB der Verwaltung zu übertragen, sofern nennenswerte Beeinträchtigungen städtebaulicher, nachbarschaftlicher sowie umweltbezogener Belange ausgeschlossen werden können.

**TOP 8      Beschluss über die Teilnahme der Stadt Rotenburg (Wümme)  
an der WWF-Aktion "Earth Hour" am 28.03.2026**

VorlNr.  
1003/2021-2026

---

RV Lüttjohann übergibt das Wort an Klimaschutzmanagerin Cohrs.

Frau Cohrs erklärt, dass es sich um dieselbe Aktion wie im Vorjahr handele, bei der es darum gehe, ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen. Die Aktion sei eine einfache Möglichkeit, um mit einer kleinen Tat ein großes Zeichen zu setzen. Neben der Stadt seien auch die Stadtwerke in Gespräche involviert, um die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme zu motivieren und gemeinsam auf das Thema aufmerksam zu machen. Frau Cohrs betont, dass die Aktion keine Kosten verursache und äußert ihre Freude über eine mögliche Unterstützung durch die Anwesenden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig**, dass sich die Stadt Rotenburg (Wümme) **bis auf weiteres jährlich** an der WWF-Aktion "Earth Hour" beteiligt.

---

**TOP 9      Ergebnispräsentation der Treibhausgasbilanz für die Stadt  
Rotenburg (Wümme)**

VorlNr.  
1008/2021-2026

**Kenntnisnahme:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt die Ergebnisse der Treibhausgasbilanz zur Kenntnis.

---

**TOP 10      Fahrradinfrastrukturprojekt "Fidi-Boon-Wech" - Abschlussbe-  
richt**

VorlNr.  
1000/2021-2026

**Kenntnisnahme:**

Der Rat der Stadt nimmt den Abschlussbericht zum Fahrradinfrastrukturprojekt „Fidi-Boon-Wech“ zur Kenntnis.

---

**TOP 11      Zustimmung zur Eintragung einer Zuwegungs- und Leitungs-  
baulast auf den städtischen Grundstücken, Flst. 282/20 und  
282/21 der Flur 23 von Rotenburg (Wümme)**

VorlNr.  
1016/2021-2026

**Einstimmiger Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) stimmt der Eintragung von Zuwegungs- und Leitungsbaulasten zu Lasten der städtischen Grundstücke, Flst. 282/20 und 282/21 der Flur 23 von Rotenburg, zu (siehe im anl. Lageplan gelb dargestellt). Die dadurch entstehenden Kosten sind vom Baulastbegünstigten, Eigentümer des Flst. 282/25 der Flur 23 von Rotenburg, zu übernehmen. Als Baulastentschädigung ist vom Baulastbegünstigten eine einmalige Entschädigung in Höhe von 500 € je betreffenden Grundstückes (zu dessen Gunsten eine Baulast erklärt wird) an die Stadt Rotenburg (Wümme) zu entrichten.

**Einstimmiger Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) stimmt der Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zur Verlegung, zum Betrieb und zur Unterhaltung von Leitungen, zu Lasten des städtischen Grundstückes, Flst. 97/11 der Flur 4 von Borchel zu (siehe im anl. Lageplan gelb dargestellt).

Alle anfallenden Kosten, die durch die Eintragung der Dienstbarkeit entstehen, trägt die Stadt Rotenburg (Wümme).

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig**, das Grundstück, Flst. 1/64 der Flur 12 von Rotenburg (Wümme), in Größe von 665 m<sup>2</sup> an die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH zu veräußern (siehe anl. Lageplan). Der Kaufpreis hierfür beträgt 27,00 €/m<sup>2</sup>, insgesamt somit 17.955,00 €.

Die Erwerberin hat sämtliche Vertragskosten (Notarkosten, Grunderwerbsteuer usw.) zu übernehmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 60.000,00 € für das Bauvorhaben Regenwasserkanal B215 Verdener Straße Investitionsnummer 5381022408, Produktkonto 538103.787200.

Die überplanmäßige Auszahlung wird gedeckt durch Einsparungen im Bereich IGS (Außenanlagen/Schulhofherrichtung IGS In der Ahe), Investitionsnummer: 2180012309 (2) Konto 787300.

Bgm Oestmann führt aus, dass es sich um eine Spende des Freundeskreises der Lions handle, die anlässlich ihres Jubiläums allen Ortschaften zur Verfügung gestellt worden sei. Heute sei Borchel an der Reihe, die entsprechende Spende zu erhalten. Er betont, dass er es bereits mehrfach, jedoch nicht oft genug gesagt habe, dass man froh sein könne, diese Service Clubs zu haben, da sie erhebliche finanzielle Mittel in gemeinnützige Zwecke einbrächten. Er spricht an dieser Stelle seinen Dank an die Lions aus.

## Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt **bei 1 Gegenstimme mehrheitlich** folgende Zuwendung (Spende) über 2.000 Euro anzunehmen und für den genannten Zweck zu verwenden bzw. weiterzuleiten:

Name des Zuwenders/ der Zuwenderin	Geld-/ Sachleistung	Betrag in Euro	Hinweis zur Verwendung	Eingang
Freundeskreis der LIONS Clubs Roten- burg (Wümme) e.V:	Geldleistung	2.500	Förderung der Heimatpflege	29.01.26

## TOP 16 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026 und Stellenplan 2026

VorlNr.  
1005/2021-2026/1

Bgm Oestmann erläutert, dass dies seine letzte Haushaltsrede sei und er nicht erwartet habe, dass dieser Zeitpunkt so schnell komme. Er bemerkt, dass die Erstellung des Haushalts mit der Zeit immer schwieriger geworden sei. Dennoch sei er froh, über die Klarheit, die zu Beginn über das grundsätzliche Konstrukt des Haushalts bestanden habe. Der Haushalt selber sei unkompliziert, doch seine Aussage sei nicht positiv zu sehen. Der Haushalt für das Jahr 2026 betrage rund 65,5 Mio. Euro, was etwa 3 Mio. Euro mehr als im Vorjahr und ein Drittel mehr als vor fünf Jahren sei. Andere Kommunen und auch der Landkreis haben ähnliche Herausforderungen. Trotz des gestiegenen Haushaltsvolumens um ein Drittel müssten Projekte, die 2022 noch unproblematisch erschienen, nun in die Projektliste verschoben werden. Im Investitionsbereich, insbesondere bei Tiefbauarbeiten und im Hochbau, seien die Kosten um das Doppelte gestiegen, was auch auf den Ukrainekrieg zurückzuführen sei. Auch die Personalkosten seien in den letzten fünf Jahren von 13,8 auf 18,2 Mio. Euro gestiegen, was hauptsächlich auf Tarifsteigerungen sowie Personalmehrung zurückzuführen sei.

Bgm Oestmann kritisiert, dass Land und Bund ihren Aufgaben bei der Versorgung der Kommunen nicht ausreichend nachkämen, insbesondere bei der Unterbringung von Flüchtlingen und der Umgestaltung des Ganztags in den Schulen. Er betont, dass seit Einführung der Beitragsfreiheit in den KiTas, der Landesanteil an den Kosten kontinuierlich zurückgehe. Er betont, dass die Kommunen die Maßnahmen vor Ort umsetzen müssten, dazu gehörten die entsprechenden Mittel. In Rotenburg gebe es Schwierigkeiten, geeigneten Wohnraum für Flüchtlinge zu finden, weshalb viele in Gemeinschaftsunterkünften bleiben müssten. Er hebt hervor, dass die Betreuung der Flüchtlinge durch eigenes Personal finanziert werde, was zwar zu einer guten Betreuung und damit keine Auffälligkeiten führe. Er drückt seinen Unmut über die fehlende finanzielle Unterstützung seitens der Regierung aus. Bgm Oestmann wünscht sich eine Anerkennung der Leistung der Kommune und betont, dass er die Pflichtaufgaben erfüllen wolle ohne Streichen zu müssen bei berechtigten Forderungen der Schulen, KiTas, Feuerwehr und der Sanierung von Straßen. Doch stehe Rotenburg im Vergleich zu anderen Kommunen noch gut da.

Der Bürgermeister äußert, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit grundsätzlich gegeben sei, jedoch Alarmzeichen nicht ignoriert werden dürften. Diese zeigten sich in einer anwachsenden Projektliste und der Haushaltsplanung sowie in der Unfähigkeit, Förderprogramme anzunehmen, da vorgängige Aufgaben und die Kreditliquidität in Eigenanteil nicht gestemmt werden könnten. Ein Beispiel hierfür sei die Turnhalle der Schule am Grafel. Für das Jahr 2026 sei ein ordentliches Ergebnis von -1,8 Millionen Euro erwartet, 2027 und 2028 jeweils -1,5 Millionen Euro und 2029 -1,98 Millionen Euro. Trotz dieser Zahlen sei man haushalterisch leistungsfähig und könne Verpflichtungen erfüllen, jedoch dürfe dieser Weg nicht als selbstverständlich für die Zukunft etabliert werden. Es sei wichtig, die Kreditaufnahme zu begrenzen, da auch Tilgung und Zinsen bezahlt werden müssten. Ziel müsse ein

ausgeglichener Haushalt sein, was einige Anstrengungen erfordere. Einnahmen und Ausgaben müssten ständig überprüft werden, und es bedürfe ernsthafter Unterstützung von Land und Bund. Erste positive Signale seien erkennbar, indem Mittel ohne weitere Regelungen an die Kommunen verteilt würden. Für die nächsten Jahre seien erhebliche Investitionen geplant, 2026 seien 8 Millionen Euro und 2027 7,7 Millionen Euro vorgesehen. Ein großer Anteil entfalle auf die Feuerwehr, mit jeweils über 1 Million Euro in beiden Jahren. Der Bau des Feuerwehrgerätehauses Borchel solle dieses Jahr beginnen, nachdem Probleme beim Grundstücksankauf geklärt seien. Der Bau des Feuerwehrhauses in Unterstedt sei aktuell mit 1,73 Mio. Euro im Haushalt enthalten, und weitere Mittel in Höhe von rund 400.000 Euro würden für den Neubau neben dem Dorfgemeinschaftshaus eingestellt. Der Bau der Mensa an der Kantor-Helmke-Schule laufe planmäßig mit insgesamt 1,1 Mio. Euro für die kommenden beiden Jahre. Für Investitionen in Schulen seien zusätzlich knapp 1 Mio. Euro in diesem Jahr vorgesehen, hinzu kommen die finanzielle Mittel aus dem Aufwandsbereich für die laufende Unterhaltung. Die Sanierung des Mehrzweckhauses in Borchel werde dieses Jahr abgeschlossen, mit insgesamt rund 1,4 Millionen Euro Investitionen, unterstützt durch Fördermittel. Im Tiefbau betreffe eine größere Investition den Endausbau des Stockforthsweg im zweiten Bauabschnitt mit 1,4 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Die Sanierung der Schmutzwasserleitung in der Otto-von-Gericke-Straße sei mit 600.000 Euro im Haushalt für die nächsten beiden Jahre verankert. Die Baumaßnahme in der Steinbeißergasse verlaufe planmäßig und werde demnächst beendet. Diese werde größtenteils durch Mittel der Städtebauförderung getragen, und weitere Maßnahmen seien geplant. Der Spatenstich für das neue Basketballfeld am Sandhasenweg werde in diesem Jahr erwartet, wobei vorher Schallschutzmaßnahmen erforderlich seien.

Bgm Oestmann betont, dass trotz komplizierter Themen positiv in die Zukunft geblickt und angepackt werden solle. Negative Töne seien nicht hilfreich. Er dankt den Ämtern für die gute Arbeit und erwähnt, dass der Haushaltsprozess trotz Herausforderungen unproblematisch verlaufen sei. Er hätte sich gewünscht, dass die Haushalte 2023 bis 2026 wie der Haushalt 2022 verlaufen wären, jedoch müsse man vernünftig mit der Situation umgehen. Abschließend äußert er Zuversicht, dass Lösungen gefunden werden und betont die Notwendigkeit kontinuierlicher Arbeit.

RV Lüttjohann dankt dem Bürgermeister für dessen Einsatz und hebt hervor, dass dieser immer wieder neue Herausforderung meistern müsse. Er spricht ihm seinen besonderen Dank dafür aus, dass er auch die damit verbundenen Aufgaben erfolgreich bewältigt habe. Er betont, dass alle gemeinsam die Aufgabe angehen müssten.

RH Krampitz führt aus, dass in den vergangenen Monaten viel Zeit in den Ausschüssen verbracht worden sei, um sich mit der Aufstellung des Haushalts zu beschäftigen. Er und seine Fraktion möchten allen Beteiligten danken, insbesondere Frau Hollmann-Koeppen. Er betont, dass viele gut und kreativ mitgearbeitet hätten und es gelungen sei, in der letzten Ecke der Haushaltschublade noch einen Eurocent zum Einsparen zu finden. Das Ergebnis beschreibt RH Krampitz auf den ersten Blick als ein fast fertiges Puzzle, bei dem jedoch das eine oder andere Teil fehle. Er erwähnt, dass der Bürgermeister in den Ausschüssen mehrfach bestätigt habe, dass dies zutreffe. Abschließend merkt er an, dass es Kollegen gebe, bei denen die Schmerzgrenze beim Blick auf den Haushalt bereits erreicht sei. Er sieht, dass die Gemeinde noch leistungsfähig sei und noch Spielraum bestehe und weist darauf hin, dass die Aufgaben ambitioniert seien, insbesondere in den Bereichen Kanäle, Straßen und bevorstehende Projekte der Städtebauförderung. Er betont, dass das Defizit ausbaufähig sei, und appelliert, trotz der Wünsche und Ziele auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben.

RH Krampitz stellt klar, dass es angesichts der bevorstehenden Herausforderungen keinen Grund gebe, den Kopf in den Sand zu stecken. Er vergleicht Rotenburg mit einem Schiff, das nicht die Titanic sei, und versichert, dass auf der Brücke kein Kapitän stehe, der falsche Entscheidungen treffe. Er fordert dazu auf, weiterhin gemeinsam für die Stadt und die Ortschaften zu arbeiten und zu planen, um diese Orte lebens- und liebenswert zu erhalten. Abschließend erklärt er, dass die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushalt zustimmen würde. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

RH Poppe weist darauf hin, dass der Haushalt für das Jahr 2026 am 26. Februar beschlossen werde, während der Haushalt für 2025 am 3. März des Vorjahres verabschiedet worden sei. Er betont, dass man fünf Tage schneller geworden sei und bereits im Haushalt 2025 Überlegungen angestellt habe, wann mit dem Start für den Haushalt 2026 begonnen werden solle. Die Haushaltsberatungen seien früh terminiert worden, mit dem Ziel, Ende des Jahres einen Haushalt beschließen zu können. Die Fachämter hätten mit der Zusammenstellung der Zahlen begonnen, jedoch sei im Laufe des Spätsommers eine gewisse Verunsicherung in der Verwaltung aufgetreten. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, die Haushaltsberatung in die Vorweihnachtszeit zu verschieben. Im November und Dezember habe man sich intensiv mit den Haushalten auseinandergesetzt und die Haushaltsberatungen in den Fraktionen durchgeführt. Herr Poppe bedankt sich bei der Stadtverwaltung und allen beteiligten Ämtern für die Unterstützung. Im Januar hätten die Fachausschüsse ihre Arbeit abschließen können. Er äußert den Wunsch, dass man früher in die fachliche Beratung hätte einsteigen können, da man sich zugetraut hätte, dies bereits im September oder Oktober zu tun. Er verstehe, dass die Unsicherheit bezüglich der Kreisumlage berücksichtigt werden müsse, aber dies könne auch im laufenden Verfahren eingearbeitet werden. Die Einnahmesituation habe sich verbessert, wofür er dem Land Niedersachsen und der Stadtverwaltung dankt. Die Haushaltssituation habe sich dadurch etwas verbessert.

RH Poppe betont, dass man in Zukunft den Haushalt im Dezember verabschieden müsse, gerade auch um ausschreiben zu können. Er bedankt sich bei den Beteiligten für die Nacharbeiten an den ausstehenden Haushalten. Insgesamt habe der Haushalt in diesem Jahr für ihn keinen Spaß gemacht, da die politischen Akzente nur punktuell gesetzt werden konnten. Die Beratungen und die schwierige Haushaltssituation hätten Unsicherheit in der Kultur und im Sport ausgelöst. Dies erschwere die Nachwuchsgewinnung in der Politik, was in einem Wahljahr entscheidend sei. Er verzichte darauf, weitere Details wie Gewerbesteuer- oder Grundsteuersätze sowie Schuldenstände und Investitionen zu erwähnen, da dies bereits ausführlich behandelt worden sei.

RH Poppe bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und das faire Klima in den Beratungen. Abschließend erinnert er an den Antrag der Ortsbürgermeister aus der letzten Wahlperiode, die Budgets der Ortschaften neu aufzustellen und an die aktuellen Aufgaben anzupassen. Er betont, dass nach dem Haushalt vor dem Haushalt sei und kündigt an, dem Haushalt zustimmen.

Darauf spricht RH Nitz, dessen Rede als Anlage 2 der Niederschrift angehängt ist.

RH Künzle äußert, dass der aktuelle Haushalt zeige, dass die Krise auch in den Kommunen spürbar sei. Er betont, dass Inflation, Tarifsteigerungen sowie Aufgaben, die durch Land und Bund übertragen würden, zu finanziellen Engpässen führten. Viele Investitionen, insbesondere in den Schulen, seien nur schwer zu finanzieren. Er hebt hervor, dass er nicht weiter auf die bereits genannten Probleme eingehen wolle, sondern ein strukturelles Problem in Rotenburg ansprechen möchte, das lösbar sei. Er erklärt, dass der Landkreis und Einrichtungen wie das Agaplesion und die Rotenburger Werke keine Gewerbesteuern zahlten, was zwar gerechtfertigt sei, jedoch ein strukturelles Problem darstelle, da diese Einrichtungen dennoch Infrastruktur erforderten, die Kosten verursache. Weniger Gewerbesteuereinnahmen bedeuteten weniger finanzielle Mittel für Sport, Kultur, Schulen und Straßen.

RH Künzle fordert, dass der nächste Rat dieses Problem angehen müsse, indem mehr Unternehmen angesiedelt würden, um das Gemeinwesen zu finanzieren. Er unterstreicht, dass dies zur Priorität für den nächsten Rat und die Verwaltung werden müsse und dass dafür zusätzliches Personal erforderlich sei. Er weist darauf hin, dass es in Rotenburg zwar eine Klimamanagerin und eine Gleichstellungsbeauftragte gebe, jedoch niemanden, der sich hauptamtlich um die Wirtschaft kümmere. Er plädiert für die Einstellung eines Wirtschaftsmanagers, da die Wirtschaft die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Schulen und des Verkehrs in Rotenburg bilde.

RH Fuchs schließt sich den Worten von RH Nitz sowie den Vorrednerinnen und Vorrednern an. Er bedankt sich für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit dem Haushalt und betont die Bedeutung des Haushalts als Königsdisziplin, die Struktur in die Verwaltung und Politik bringe.

Darauf führt RH Fuchs seine Haushaltsrede aus, die als Anlage 3 der Niederschrift angehängt ist.

RH Dr. Rinck erklärt, er wolle nur kurz Stellung nehmen, da Herr Poppe bereits sehr ausführlich und kundig zum Haushalt Stellung genommen habe. Für ihn sei es wichtig, mit Optimismus in die Zukunft zu schauen, was außer Frage stehe. Er führt aus, dass ein realistischer Ansatz erforderlich sei, um für die Wirtschaft attraktiv zu bleiben. Er betont, dass Unternehmenslenker gut behandelt werden müssten und der Eindruck von Sozialneid vermieden werden solle, da dies Unternehmen dazu veranlassen könnte, sich anderswo anzusiedeln. Eine kontinuierliche Erhöhung der Gewerbesteuer sei ebenfalls nicht förderlich für die Ansiedlung von Unternehmen. Zudem müsse darauf geachtet werden, dass Unternehmen nicht durch übermäßige Vorschriften und bürokratische Hürden belastet würden. Während bestimmte Regelungen notwendig seien, könnten andere möglicherweise vermieden werden. Dies seien die realen Faktoren, die über die Ansiedlung von Unternehmen entscheiden würden. In Bezug auf den städtischen Haushalt erläutert Herr Dr. Rinck, dass die aktuelle finanzielle Situation bereits vor Jahren absehbar gewesen sei. Er wolle jedoch den Fokus auf die Zukunft richten und betont die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen bei öffentlichen Geldern. Investitionen sollten weiterhin getätigt werden, jedoch müssten diese gut durchdacht sein, insbesondere im Hinblick auf Folgekosten. Als Beispiel nennt er unnötig große städtische Gebäude, die zu „überraschenden“ Erhöhungen der Fixkosten wie Reinigung und Heizung führen könnten. Er zeigt Verständnis für die Wünsche der Menschen, die in öffentlichen Einrichtungen arbeiten, betont jedoch die Notwendigkeit, ein angemessenes Maß zu finden. Dieses Maß solle weder in eine absolute Sparlösung noch in eine übermäßige Ausstattung münden. Abschließend betont RH Dr. Rinck die Wichtigkeit, eine vernünftige Mitte zu finden, um die Finanzen von Rotenburg zu stabilisieren.

RH Klingbeil stimmt RH Hoppe zu, dass punktuell etwas erreicht worden sei, obwohl mehr möglich gewesen wäre. Er betont, dass seine Fraktion einiges gestellt habe, jedoch manches hier einkassiert worden sei, was er bedauere. Er gibt an, dass RH Krampitz erwähnt habe, es seien Einsparungen erzielt worden, was er kritisch sehe, da an Stellen gespart werde, wo es nicht sinnvoll sei. Er verweist auf die finanzielle Belastung der Kommunen und die Aufgaben, die ihnen übertragen werden, und stellt fest, dass dies nicht nur öffentliche Institutionen, sondern auch private Haushalte betreffe. Er und seine Partei seien der Meinung, dass das wirtschaftliche System, der Kapitalismus, der von unten nach oben verteile. Er bezweifelt die Annahme des Bürgermeisters, dass die Armut in Rotenburg sinken werde, und verweist auf die Statistik, dass Anfang Februar 13,3 Millionen Menschen in Deutschland als armutsgefährdet galten. Dies sei ein großer Teil der Bevölkerung.

RH Klingbeil stellt deswegen einen Änderungsantrag an den Haushalt, der bereits im Fachausschuss im Rahmen der Haushaltsdebatte besprochen worden sei, die fehlenden Mittel für die Finanzierung des Mittagessens für armutsgefährdete Schülerinnen und Schüler in Höhe von 3.180 Euro im Haushalt 2026 einzuplanen. Er betont, dass es sich hierbei im Großen und Ganzen um geringe Beträge handele, insbesondere im Vergleich zu anderen Summen, die bewältigt werden müssten. Er äußert, dass es erforderlich sei, eine Absicherung, die aus dem eigenen Haushalt eingeschätzt worden sei, zu bewältigen. Abschließend bittet er um Zustimmung zu seinem Änderungsantrag für den Haushalt.

Bgm Oestmann habe sowohl in der Ausschusssitzung als auch per E-Mail darauf hingewiesen, dass die Zugangsvoraussetzungen für kostenlose Mittagessen deutlich gesenkt würden. Dies führe dazu, dass mehr anspruchsberechtigte Menschen dies annehmen werden, und die Mittel, wie sie nach dem alten Modell berechnet worden seien, nicht mehr benötigt würden. Er habe im Ausschuss sowohl öffentlich als auch per E-Mail klargestellt, dass, falls diese Annahme nicht zutreffen sollte, die Mittel aufgestockt würden. Dies sei kein Problem

und er habe dies schriftlich und öffentlich mitgeteilt. Er äußert, dass RH Klingbeil ihn in diesem Punkt falsch verstanden habe.

RH Emshoff äußert sich zum Haushalt und betont, dass es sich um den letzten Haushalt des Bürgermeisters handle. Er erinnert daran, dass er im letzten Jahr dem Haushalt nur unter der Bedingung zugestimmt habe, dass der Bürgermeister seine Versprechen einhalte. Er lobt den Bürgermeister ausdrücklich dafür, dass dieser seine Zusagen erfüllt habe. Im Gegensatz zu dessen Vorgänger habe der Bürgermeister stets mit beiden Füßen auf dem Boden gestanden und offen kommuniziert. RH Emshoff hebt hervor, dass der Bürgermeister sich stark engagiert habe und spricht ihm dafür seinen Dank aus.

RF Dembowski begrüßt die Anwesenden und verweist auf die Aussage von Herrn Dr. Rink, dass eine realistische Sicht auf die Dinge erforderlich sei. Sie betont, dass die Gesellschaft nicht nur aus Unternehmen und Wirtschaftsakteuren bestehe, sondern auch aus Fach- und Arbeitskräften sowie Angestellten, die für den Erfolg der Unternehmen notwendig seien. Sie erklärt, dass es nicht um sozialen Neid gehe, sondern um die Verantwortung, gute Voraussetzungen für alle Menschen zu schaffen, die zur Funktionalität von Rotenburg beitragen. Insbesondere hebt sie hervor, dass ein erheblicher Teil dieser Arbeitskräfte Frauen seien.

RF Dembowski betont die Notwendigkeit, gute Ausbildungsstätten, Kitas und Krippen sowie angemessene Wohnverhältnisse zu bieten. Sie weist darauf hin, dass es nicht nur um ausreichenden Wohnraum gehe, sondern auch um eine gute energetische Beratung, um zukünftigen Kosten begegnen zu können. Sie äußert, dass viele Menschen in der kommenden Zeit von diesen Kosten überfordert sein könnten und dass es wichtig sei, Wohnräume so zu gestalten, dass sie für alle gut nutzbar seien. Abschließend unterstreicht sie, dass dies kein unangemessener Wunsch sei, sondern eine Notwendigkeit, damit die Menschen gut leben können.

RH Hickisch führt aus, dass er vor zwei Jahren den Anstoß gegeben habe, über eine Erhöhung der Vergnügungs- und Hundesteuersätze nachzudenken. Er betont, dass sein Name im Zusammenhang mit der Hundesteuer nicht genannt werden solle. Im Haushalt für das Jahr 2025 seien für die Vergnügungssteuer Einnahmen in Höhe von 412.500 Euro eingeplant, während in den Folgejahren nur noch 300.000 Euro vorgesehen seien. Er äußert Zweifel daran, dass die beschlossenen Maßnahmen, zu einem derart starken Rückgang der Umsätze führen könnten, da dies einen Rückgang der Steuereinnahmen um 27 % bedeuten würde. Er bittet die Kämmerin um Unterstützung bei der Klärung dieser Diskrepanz.

StRin Hollmann-Koeppen führt aus, dass einige Hallen, darunter auch große, die zuvor erhebliche Steuererträge eingebracht hätten, mittlerweile geschlossen seien. Sie betont, dass es auch viele Hallen gebe, die nicht ordnungsgemäß angemeldet seien, was kontinuierlich überprüft werde. Sie erklärt, dass die Verwaltung auf die Zulieferung der entsprechenden Zählwerkdrucke angewiesen sei, um die Vermögensteuer berechnen und kontrollieren zu können. Im Bereich der Vermögensteuer gebe es zudem Herausforderungen bei der Zahlungsrückstellung. Aus diesem Grund sei der Ansatz etwas reduziert worden, um den tatsächlichen Einnahmen besser gerecht zu werden.

RV Lüttjohann lässt über den erweiterten Änderungsantrag von RH Klingbeil abstimmen.

**Der Rat lehnt bei 18 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ab**, die fehlenden Mittel für die Finanzierung des Mittagessens für armutsgefährdete Schülerinnen und Schüler in Höhe von rund 3.180 Euro im Haushalt 2026 einzuplanen.

Daraufhin lässt RV Lüttjohann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich:**

1. die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026 sowie die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm sowie
2. den Stellenplan 2026

in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 22.01.2026 und des Verwaltungsausschusses vom 11.02.2026. Inhalt dieses Beschlusses sind auch die Haushaltsvermerke gem. § 4 Abs. 3 Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (Budgetbildung) sowie die Budgets für die Ortschaften 2026.

---

### **TOP 17 Kurzer Sachstandsbericht zu den ausstehenden Jahresabschlüssen zur Vorlage bei der Kommunalaufsicht**

VorlNr.  
1006/2021-2026

## **Kenntnisnahme:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt den anliegenden kurzen Sachstandsbericht einschließlich Zeitplan zu den ausstehenden Jahresabschlüssen zur Kenntnis. Dieser Sachstandsbericht ist der Kommunalaufsicht des Landkreises Rotenburg (Wümme) zusammen mit der Haushaltssatzung vorzulegen.

---

### **TOP 18 Personalangelegenheit: Versetzung der Ersten Stadträtin Bernadette Nadermann in den Ruhestand**

VorlNr.  
1029/2021-2026

Bgm Oestmann führt aus, dass es sich um eine Formalität gemäß § 37 des Niedersächsischen Beamtengesetzes handle, die es Beamten jenseits der 60 Jahre ermögliche, die Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Er betont, dass der Dienstherr, in diesem Fall der Rat, dem Antrag widersprechen könne, sofern zwingende Gründe vorlägen. Er erklärt, dass er in diesem Fall keine zwingenden Gründe sehe, die eine Einschaltung der Kommunalaufsicht erforderlich machen würden, falls der Rat widersprechen sollte. Er führt aus, dass das, was bereits vor längerer Zeit angekündigt wurde, nun umgesetzt werde, um rechtzeitig in die Nachfolgeplanung zu gehen. Ziel sei es, die Ausschreibung vor der Wahl zu veröffentlichen, um nach der Wahl eine Personalwahl treffen zu können, gemeinsam mit der oder dem gewählten Nachfolger oder Nachfolgerin. Dies sei der erste Schritt, um eine lückenlose Nachfolge zum 01.01. sicherzustellen.

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, die Erste Stadträtin Bernadette Nadermann gemäß § 37 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) mit Ablauf des 31. Dezembers 2026 in den Ruhestand zu versetzen.

---

### **TOP 19 Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:**

VorlNr.

Der Antrag wird **einstimmig** in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft verwiesen.

---

**TOP 20 Mitteilungen und Anfragen**

VorlNr.

---

**TOP 20.1 Flüchtlingsunterkunft**

VorlNr.

Bgm Oestmann teilt mit, dass der Umzug der Flüchtlingsunterkunft aus dem Containerdorf nach Hemphöfen in das ehemalige Seniorenheim im Verwaltungsausschuss beschlossen worden sei. Diese Maßnahme führe dazu, dass mindestens 300.000 Euro pro Jahr eingespart würden, möglicherweise sogar mehr. Zwar müssten zunächst Ausgaben getätigt werden, um das Containerdorf abzubauen, jedoch wäre dies ohnehin irgendwann erforderlich gewesen. Ein dreijähriger Vertrag mit Verlängerungsoption solle unterzeichnet werden, was ausreichend Freiraum biete.

Bgm Oestmann ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass auch wenn nur ein Drittel der Kapazitäten in Hemphöfen belegt würde, von dem er nicht ausgeht, dies immer noch günstiger sei als der Betrieb des Containerdorfs. Aufgrund des weiteren Zuwachses an Flüchtlingen und der vielen Menschen, die bereits in dezentralen Wohnungen untergebracht seien, erwarte er keine Änderungen in der aktuellen Unterbringungssituation. Notfalls könnten weitere Personen in diesen Wohnungen untergebracht werden. Er kündigt an, dass am 5. März um 19:00 Uhr im Ratssaal eine Informationsveranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürgern sowie insbesondere Anwohnerinnen und Anwohnern stattfinden werde. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der betroffenen Wohnblöcke seien bereits über eine Maklerfirma angeschrieben worden, um sie persönlich über die Hintergründe zu informieren und eventuelle Sorgen zu nehmen.

Bgm Oestmann führt weiter aus, dass das Personal, das derzeit im Containerbereich tätig sei, auch im Hemphöfen eingesetzt werden solle, um eine entsprechende Begleitung zu gewährleisten.

---

**TOP 20.2 Feuerwehrhaus in Unterstedt**

VorlNr.

Bgm Oestmann teilt mit, dass er im Verwaltungsausschuss und der Feuerwehr mitgeteilt habe, dass die Verwaltung die Variante 3 für den Neubau der Feuerwehr neben dem Dorfgemeinschaftshaus empfehle, allerdings ohne Schulungsraum. Ein Schulungsraum würde zusätzliche Kosten von ungefähr 140.000 Euro verursachen. Er erläutert, dass die endgültige Entscheidung über den Schulungsraum im Sommer getroffen werde, wenn alle Zahlen vorliegen, und im Rahmen der Haushaltsaufstellung erfolgen werde. Er betont, dass das aktuelle Budget bereits deutlich höher sei als vor zwei Jahren und dass es noch Potenzial gebe. Abschließend gibt er an, dass dies die aktuellen Informationen seien, auch wenn sich nichts geändert habe.

---

**TOP 20.3 Messerstecherei vor der Sparkasse**

VorlNr.

RH Klingbeil richtet eine ernste Frage an den Bürgermeister, die ihn nicht zur Ruhe kommen lasse. Er berichtet von einem Vorfall im letzten Jahr, bei dem eine Person an der Sparkasse niedergestochen worden sei. Ein Zeuge dieses Vorfalls sei ein obdachloser Rumäne

gewesen, mit dem Herr Klingbeil trotz Sprachbarrieren in Kontakt gestanden habe. Monate später sei dieser Zeuge selbst Opfer eines Messerangriffs geworden.

RH Klingbeil erkundigt sich, ob dieser Vorfall aufgeklärt worden sei oder ob jemand daran arbeite, da er einen möglichen Zusammenhang vermute. Er wolle wissen, was mit den beiden Opfern geschehen sei und ob der Täter in beiden Fällen derselbe gewesen sei. Diese Informationen seien ihm im Rahmen der Sicherheit in Rotenburg wichtig.

Bgm Oestmann antwortet, dass er zu dem betreffenden Thema keine Informationen habe. Selbst bei einer Nachfrage würde er keine weiteren Auskünfte erhalten, da der Datenschutz dies verhindere. Er führt aus, dass man außer Rahmendaten möglicherweise keine Informationen bekomme.

---

#### **TOP 20.4 Mülleimer und Bänke in der Innenstadt**

VorlNr.

RH Hickisch erklärt, dass er sich auf seine erste Anfrage im letzten Kalenderjahr beziehe, bei der die Rotenburger Bürgerinnen und Bürger zur Bürgerbeteiligung aufgerufen gewesen seien, um über die Anschaffung neuer Bänke und Mülleimer in der Innenstadt zu entscheiden. Er sei heute erneut darauf angesprochen worden, warum in dieser Angelegenheit nichts geschehe. Daher stelle er zwei Fragen: Erstens, wann die Rotenburger das Ergebnis der Auswahl erfahren könnten, und zweitens, wann die Innenstadt entsprechend ausgestattet werde. Er weist darauf hin, dass er Kommunikationsmängel seitens der Stadt in Bezug auf die Öffentlichkeit sehe und finde dies nicht in Ordnung.

Bgm Oestmann erwidert, dass es mit einer Rückmeldung aus dem Bauhof zu tun habe. Dort habe es Krankheitsthemen gegeben, weshalb ihm momentan die Rückmeldung des Bauhofes fehle. Sobald diese vorliege, werde man an die Öffentlichkeit gehen. Herr Schulz habe dies bereits entsprechend vorbereitet, und man sei schon länger im Gespräch darüber. Sobald die Rückmeldung vorliege, werde man die Informationen veröffentlichen. Diese Rückmeldung sei ihm wesentlich, da er wissen möchte, was für seine Mitarbeitenden bei den Papierkörben das Wesentliche sei, insbesondere im Hinblick auf Pflegeleichtigkeit und Handhabbarkeit. Dies sei der einfache Grund.

---

#### **TOP 20.5 Kontrollfahrt auf dem Fidi-Boon-Wech**

VorlNr.

RH Künzle bringt eine Anfrage vor, in der er von einem Erlebnis berichtet, das ihm zugetragen wurde. Ein Bürger auf dem Fidi-Boon-Wech unterwegs gewesen, als ihm überraschend ein Auto entgegengekommen sei. Das Fahrzeug habe ein Kennzeichen mit den Buchstaben "SR" getragen. Der Fahrer habe mitgeteilt, dass er eine Kontrollfahrt durchführe.

RH Künzle fragt, ob tatsächlich Kontrollfahrten der Stadtwerke mit einem Auto durchgeführt würden und ob diese Fahrten genehmigt seien.

Bgm Oestmann erklärt, dass die Stadt Rotenburg und die Stadtwerke dasselbe Kennzeichen „SR“ hätten. Er habe angenommen, es handele sich um ein Fahrzeug der Stadt, das für Inspektionsfahrten, wie die Überprüfung der Wege oder der Papierkörbe, genutzt werde. Zu den Aufgaben der Stadtwerke könne er keine genauen Auskünfte geben.

---

#### **TOP 20.6 Brücke hinter dem Matthias-Claudius-Heim**

VorlNr.

RH Klammer habe eine Anfrage an Herrn Lauchart. Diese betreffe die Brücke hinter dem Matthias Claudius Heim. Ihm sei berichtet worden, dass die Brücke seit längerer Zeit nicht mehr begehbar sei. Er wolle wissen, wann die Reparatur der Brücke erfolgen werde.

Bauamtsleiter Lauchart erklärt, dass das Thema Brücken die Stadt an vielen Orten und zu verschiedenen Zeiten immer wieder beschäftige. Er führt aus, dass es viele Brücken gebe, die der Stadt gehörten. Bezüglich der spezifischen Brücke, um die es gehe, müsse er Nachforschungen anstellen. Er biete an, die Ergebnisse dieser Nachforschungen im Protokoll zu beantworten. Abschließend versichert er, dass dies nicht die letzte Brücke sein werde, die die Stadt beschäftige.

Antwort im Protokoll:

Die alte Holzbrücke im Seilereiweg wurde zurückgebaut, weil diese aufgrund einer Brückenprüfung als nicht mehr standsicher bewertet wurde. Nach Haushaltgenehmigung soll anstelle eines neuen Brückenbauwerks hier eine Grabenverrohrung hergestellt werden, damit eine fußläufige Verbindung zwischen Seilereiweg und Cotbusser Straße wieder möglich wird.

---

**TOP 20.7    Katastrophenschutz und Sirenensysteme**

VorlNr.

Herr Emshoff führt aus, dass im Kontext des Katastrophenschutzes, mit dem sich die Gemeinde zunehmend befassen werde, der Einsatz von lauten Sirenen in den Dörfern unerlässlich sei. Er betont, dass insbesondere ältere Personen, die keine Warn-App nutzen oder damit umgehen könnten, auf die Sirenen angewiesen seien. Er weist darauf hin, dass eine Sirene seit Jahren defekt sei und er nun den Weg über den Rat wähle, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Sirenen, insbesondere in den Dörfern, Instand gehalten werden müssten.

---

**TOP 20.8    Winterdienst - Dank an den Bauhof**

VorlNr.

RH Emshoff bittet den Bürgermeister, den Dank an den Bauhof für seinen Dienst in diesem extrem langen Winter auszusprechen.

---

**TOP 20.9    Freiwillige Feuerwehr Borchel - Berichte zur Fahrzeuglieferung und Mitgliedszufriedenheit**

VorlNr.

RH Klee ergänzt die Ausführungen zum Verwaltungschef, indem er darauf hinweist, dass der Freiwilligen Feuerwehr Borchel letzte Woche Freitag das gebrauchte Feuerwehrfahrzeug LF 10 geliefert worden sei. Die Kameraden der Feuerwehr seien sehr glücklich über den Erhalt des Fahrzeugs. Er berichtet weiter, dass die Kameraden aus Mulmshorn morgen nach Berlin fahren würden, um ihr gebrauchtes Fahrzeug abzuholen. In Bezug auf die finanzielle Diskussion merkt er an, dass der Erwerb von zwei gebrauchten Fahrzeugen im Vergleich zu einem neuen Fahrzeug eine sehr gute Entscheidung gewesen sei. Er bringt seinen Dank zum Ausdruck.

Die Sitzung wird um 21:36 Uhr geschlossen.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.